

Stadtratssitzung vom 15./16. Dezember 2022

## Postulat P 23/2022

### Postulat betreffend Melde-/Anlaufstelle für Diskriminierung

Fraktionen glp/EVP/EDU und Grüne/JG sowie Alice Kropf, Adrian Christen und Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 7. Juli 2022; Beantwortung

#### Wortlaut des Postulats

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wo und wie die Stadt Thun eine Melde-/Anlaufstelle für Diskriminierung jeglicher Art (LGBTIQ\*, Behinderung, Rassismus ...) umsetzen könnte.

#### Begründung

Diskriminierung darf nicht sein! Wir möchten, dass Betroffene ein offenes Ohr finden, dass Sensibilisierung stattfindet und bei Bedarf entsprechende, zielgerichtete Massnahmen eingeleitet werden. Unter einer Melde-/Anlaufstelle verstehen wir nicht das Schaffen einer neuen Stelle. Die Vorfälle sollen dem Stadtrat anonymisiert, in einem entsprechenden Reporting (z.B. SAKO und/oder Jahresbericht) dargelegt werden.

#### Stellungnahme des Gemeinderates

Der Diskriminierungsschutz ist in Artikel 8 Absatz 2 der Schweizerischen Bundesverfassung verankert. Auch in Artikel 14 des kantonalen Gesetzes über die Integration der ausländischen Bevölkerung findet der Diskriminierungsschutz Niederschlag. Der Gemeinderat teilt die Meinung der Postulanten, dass Diskriminierung nicht sein darf. Leider kommt Diskriminierung auch in der Stadt Thun vor. Klientinnen und Klienten der Abteilung Soziales berichten beispielsweise in den Gesprächen, dass sie sich durch andere diskriminiert fühlen. Auch die Schulen oder das Kompetenzzentrum Integration Thun-Oberland (KIO) sieht sich mit dem Thema konfrontiert. Zudem kommt es vor, dass sich Einwohnerinnen und Einwohner diskriminiert fühlen, wenn Mitarbeitende der Stadtverwaltung aufgrund der teilweisen sehr engen gesetzlichen Vorgaben aus ihrer Sicht unliebsame Entscheide treffen müssen, die zu ihren Ungunsten ausfallen. Eine Statistik, um wie viele Fälle es sich handelt, besteht nicht.

Bei der Kantonspolizei Bern sind auf Anfrage für die Stadt Thun in den fünf Jahren keine Fälle bekannt, in denen explizit die Diskriminierung im Vordergrund stand. Wenn jemand Vorfälle zur Anzeige brachte, die eine solche Komponente enthielten, ging es praktisch immer um Ehrverletzungsdelikte (z.B. Beschimpfungen).

Die Schaffung einer stadt eigenen Melde- und Anlaufstelle erachtet der Gemeinderat als nicht zielführend. Einerseits wegen der fehlenden Unabhängigkeit, andererseits wäre wohl auch das Kosten-/Nutzenverhältnis nicht im Gleichgewicht.



Mit dem gggfon (gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus)<sup>1</sup> existiert im Kanton Bern bereits ein erprobtes Angebot. Die Trägerschaft des Angebots besteht aus rund 40 Mitgliedsgemeinden. Die Juko – Verein für soziale und kulturelle Arbeit – führt das Angebot im Auftrag der Mitgliedsgemeinden. Sitzgemeinde ist die Einwohnergemeinde Meikirch. Es besteht zudem ein Leistungsvertrag mit der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion des Kantons Bern (GSI). Die Kosten betragen für die Anschlussgemeinden 17 Rappen pro Einwohnerin und Einwohner. Die Verträge werden jeweils über eine Zeitspanne von vier Jahren abgeschlossen. Andere Einwohnergemeinden wie etwa Ittigen, Köniz oder Spiez haben bis heute sehr gute Erfahrungen mit dem gggfon gemacht, nicht zuletzt auch, weil es sich um ein verwaltungsunabhängiges Angebot handelt.

Der Gemeinderat hat die Abteilung Soziales beauftragt, den Beitritt zum gggfon in Zusammenarbeit mit dem Rechtsdienst vorerst für die Zeitspanne 2023 bis 2025 an die Hand zu nehmen. Innerhalb dieser Zeit können statistische Daten erhoben werden, aus denen hervorgeht, inwieweit in der Stadt Thun tatsächlich ein Bedürfnis für das Angebot besteht.

Da die Prüfung der Anliegen der Postulantinnen und Postulanten mit der vorliegenden Berichterstattung bereits erfolgt ist, kann das Postulat angenommen und gleichzeitig abgeschrieben werden.

#### **Antrag**

Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Thun, 9. November 2022

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident  
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber  
Bruno Huwyler Müller

---

<sup>1</sup> [gggfon – Gemeinsam gegen Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus](#)